

Interpellation Müller-Lichtensteig / Tanner-Sargans / Looser-Nessler (26 Mitunterzeichnende)
vom 18. September 2019

Kurzfristige Anpassung Energie-Förderprogramme – Warum werden Akteure nicht miteinbezogen?

Schriftliche Antwort der Regierung vom 29. Oktober 2019

Mathias Müller-Lichtensteig, Jörg Tanner-Sargans und Kilian Looser-Nessler erkundigen sich in ihrer Interpellation vom 18. September 2019 nach der kurzfristigen Streichung von Fördermassnahmen im Bereich der Energieförderung. Insbesondere interessiert sie, wie die betroffenen Organisationen in den Entscheid miteinbezogen und wie die vorberatende Kommission informiert wurde. Zudem möchten sie wissen, wie hoch die Kosten für die Wiedereinführung der gestrichenen Massnahmen zu stehen kommen und wie die Regierung künftig vorgehen will, um solch kurzfristige Änderungen künftig besser mit den Akteuren abzustimmen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Regierung ist sich des grossen Engagements der Gemeinden, Regionen und Unternehmen beim Aufbau und der Verbreitung der Energieberatungen sehr bewusst, und sie zählt auch künftig auf diese entscheidende Unterstützung. Um den mit der Fokussierung des Förderprogramms einhergehenden Wegfall von einzelnen Massnahmen im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) möglichst zu kompensieren, nahm die Energieagentur St.Gallen mit dem Bundesamt für Energie entsprechende Verhandlungen auf. Im Ergebnis konnte erreicht werden, dass sich künftig die Berater des KMU-Programms SG als PEIK-Berater¹ von EnergieSchweiz akkreditieren lassen können. Entsprechende Schulungen zu Lasten des Kantons haben bereits stattgefunden. Mit dieser Lösung kann die Verbreitung eines nationalen Programms im Kanton St.Gallen aktiv unterstützt werden. Gleichzeitig eröffnen sich den ehemaligen Beraterinnen und Beratern des KMU-Programms SG neue Arbeitsfelder in der ganzen Schweiz.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Das Baudepartement wurde anfangs Mai 2019 vom Entscheid des Bundes überrascht, dem Kanton St.Gallen für das vergangene Jahr 2018 deutlich weniger Bundessubventionen zur Verfügung zu stellen als erwartet. Die von Seiten des Baudepartementes unterstellten Annahmen für die Berechnung des Bundesbeitrags hatten sich teilweise als unzutreffend erwiesen. Die kurzfristige Fokussierung des Förderungsprogramms Energie 2015 bis 2020 durch die Regierung war vor diesem Hintergrund unerlässlich, um das laufende Programm mit den zusätzlich beantragten Mitteln von 9,4 Mio. Franken für die Jahre 2019 und 2020 zumindest im angepassten Umfang geordnet abwickeln zu können. Dass sich die Regierung zu diesem kurzfristigen Entscheid gezwungen sah, ist unerfreulich. Um die Wiederholung einer solchen unerwarteten Zwangssituation bei der Umsetzung des Förderungsprogramms Energie zu vermeiden, wurden im Wesentlichen zwei Massnahmen ergriffen. Zum einen steuert die Energieagentur die Vergabe der Subventionsmittel seit kurzem mittels eines besonders eingerichteten prospektiven Controlling-Cockpits. Zum anderen wird die finanzielle Führung des Amtes für Wasser und Energie organisatorisch und personell gestärkt. Konkret wird die Rechnungsführung für das ganze Amt zentralisiert und künftig durch eine einzige

¹ PEIK = professionelle Energieberatung für Ihr KMU.

Stelle verantwortet. Gleichzeitig wird die finanzielle Führung der Subventionsflüsse in den beiden zentralen Bereichen Energie und Wasserbau durch die Schaffung einer direkt dem Amtsleiter unterstellten Controllierstelle gezielt gestärkt.

- 2./5. Eine rechtsgleiche Behandlung der Bevölkerung und der Unternehmen liess eine Vorab-Information sowie den frühzeitigen Einbezug einzelner Interessengruppen nicht zu. Auch ist das Festlegen von Fristen stets kontrovers, und es gibt kaum eine für alle Seiten befriedigende Lösung. Die Regierung hat sich aufgrund der Dringlichkeit für eine kurze Frist entschieden. Sie wollte damit insbesondere vermeiden, dass Gesuche noch rasch auf Vorrat eingereicht werden und die benötigten Gelder den kantonalen Kredit zusätzlich belasten. Selbst die kurze Frist liess es nach Einschätzung der Regierung jedoch zu, dass praktisch fertige Gesuche noch fertig gestellt und eingereicht werden konnten.

Der Kantonsrat wurde von der Regierung erstmals mit der Berichterstattung zur Klima- und Energiepolitik (40.19.01) über die im Vergleich zu den verfügbaren Mitteln zu hohe Nachfrage und den anstehenden Anpassungsbedarf des Förderungsprogramms informiert. Sodann wurde am 23. Mai 2019 die Finanzkommission durch den Vorsteher des Baudepartementes vorinformiert. Über die weitere Entwicklung hat die Regierung den Kantonsrat anlässlich der Klimadiskussion in der Junisession 2019 mittels eines blauen Blatts schriftlich informiert. Schliesslich wurde der von der Regierung beantragte Nachtragskredit (33.19.05) unter Anwesenheit von Vertretern des Baudepartementes durch die Finanzkommission vorberaten, bevor das Geschäft dem Kantonsrat zum abschliessenden Entscheid unterbreitet wurde.

- 3./4. Die Prognosen für die Nachfrage nach dem angepassten Förderungsprogramm Energie zeigen eindeutig, dass die vorhandenen finanziellen Mittel eine Wiedereinführung der Massnahmen nicht zulassen. Wie die Interpellanten richtig feststellen, werden von den indirekten Massnahmen nur noch die globalbeitragsberechtigten Massnahmen gefördert. Bei den globalbeitragsberechtigten Massnahmen trägt der Kanton St.Gallen höchstens ein Drittel der Kosten. Die restlichen zwei Drittel werden durch den Bund mittels Globalbeiträgen finanziert. Die nicht globalbeitragsberechtigten Massnahmen würden kantonale Mittel binden, die dringend für den Erhalt der Globalbeiträge benötigt werden. Wie einleitend erwähnt, konnte mit EnergieSchweiz für die Berater des KMU-Programms SG ein alternatives Programm gefunden werden. Dieses findet auch für landwirtschaftliche Betriebe Anwendung. Eine Wiedereinführung der Förderungsmassnahme erscheint deshalb nicht als vordringlich.

Gestützt auf Art. 16 Abs. 2 des Energiegesetzes (sGS 741.1) leistet der Kanton im Rahmen von Förderungsprogrammen Beiträge von insgesamt 5,4 Mio. Franken je Jahr an Förderungsmassnahmen. Für die Jahre 2015 bis 2020 hat der Kantonsrat im Jahr 2014 die Mittel mit einem Sonderkredit Förderungsprogramm Energie im Umfang von 32,4 Mio. Franken gesprochen. Ohne die vorgesehene Anpassung des Förderungsprogramms (VI. Nachtrag zum Förderungsprogramm Energie 2015 bis 2020 in Verbindung mit dem Nachtragskredit von 9,4 Mio. Franken zum Sonderkredit Förderungsprogramm Energie) und ohne einen zusätzlichen Sonderkredit zur Finanzierung der Kampagne zum beschleunigten Ersatz fossiler Heizungen wären für die Finanzierung der erwarteten Nachfrage in den Jahren 2019 und 2020 zusätzliche kantonale Mittel im Umfang von 17,4 Mio. Franken nötig.